1

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz Frau Bundesjustizministerin Dr. Stefanie Hubig 11015 Berlin

## **Offener Brief**

## Bundesjustizministerin Hubig muss handeln: Für ein klares Verbot von Patenten auf traditionelle Pflanzenzüchtung im EU-Patentrecht



















## Sehr geehrte Frau Bundesjustizministerin Hubig,

wir, ein Bündnis aus Umwelt-, Landwirtschafts- und Züchterverbänden, wenden uns an Sie anlässlich der derzeit auf EU-Ebene diskutierten Deregulierung neuer genomischer Techniken (NGT). Diese Debatte zeigt einmal mehr, dass eine klare Abgrenzung zwischen Gentechnik und traditioneller Pflanzenzüchtung im europäischen Patentrecht dringend notwendig ist. Als Bundesjustizministerin vertreten Sie Deutschland nicht nur im Verwaltungsrat des Europäischen Patentamts (EPA), sondern auch in den zuständigen EU-Gremien, die über die Auslegung und Weiterentwicklung des EU-Patentrechts beraten. Wir bitten Sie, sich dort nachdrücklich für ein klares und umfassendes Verbot von Patenten auf traditionell gezüchtete Pflanzen und Tiere einzusetzen. Damit schützen Sie nicht nur die Innovationsfreiheit in der Züchtung, sondern auch die Grundlagen für eine vielfältige, unabhängige und nachhaltige Landwirtschaft in Europa.

In den letzten 15 Jahren meldeten Unternehmen rund 1.500 Patente auf Pflanzen aus traditioneller Züchtung an. Das EPA hat bereits über 300 davon erteilt – obwohl derartige Patente laut dem Europäischen Patentübereinkommen (EPÜ) und der EU-Patentrichtlinie 98/44/EG verboten sind. Diese Praxis steht im Widerspruch zu den Absichten des Gesetzgebers, unterläuft das Sortenschutzsystem und bedroht die Unabhängigkeit kleiner und mittlerer Züchtungsbetriebe ebenso wie die Agrobiodiversität und Ernährungssouveränität.

Bereits 2017 versuchte die EU, dem Missbrauch des Patentrechts entgegenzuwirken, indem sie die Regel 28 (2) in das EPÜ aufnahm, die Patente auf Pflanzen ohne Gentechnik ausschließen sollte. Ein aktueller Fall zeigt jedoch, dass diese Maßnahme nicht ausreicht: Am 6. November 2025 wurde die Regel erstmals in einer Verhandlung über das Mais-Patent EP 3560330 des Unternehmens KWS angewendet. Doch das EPA hielt an seiner weitreichenden Auslegung fest und schränkte den Patentschutz nicht ein. Das Patent erstreckt sich weiterhin auf Pflanzen mit natürlich vorkommenden Genvarianten einschließlich aller nachfolgenden Generationen, die durch klassische Kreuzung und Selektion hervorgehen. Darüber hinaus beansprucht das Patent Pflanzen aus zufälliger Mutagenese, einer weit verbreiteten Methode der traditionellen Züchtung und Pflanzen, bei denen das betreffende Gen mithilfe von CRISPR reproduziert wurde.

Das zeigt: Patente werden zunehmend so formuliert, dass sie verschiedene Züchtungstechniken gleichermaßen abdecken – unabhängig davon, ob es sich um klassische Verfahren oder neue genomische Techniken handelt. Gerade mit Blick auf die aktuell diskutierte Deregulierung von NGT wird politisches Handeln also immer dringlicher. Denn es ist absehbar, dass sich Patentansprüche auf NGT-Pflanzen künftig noch häufiger auf gentechnikfreie Züchtungen übertragen lassen. Die Industrie nutzt diese Strategie gezielt, um sich Rechte an natürlichen Eigenschaften zu sichern und das EPA trägt diese Praxis mit.

Die SPD hat sich in den vergangenen Jahren sowohl auf Bundes- als auch auf Europaebene immer wieder klar gegen Patente auf traditionell gezüchtete Pflanzen positioniert. Es liegt jetzt an Ihnen und der SPD, diese Haltung innerhalb der Bundesregierung in konkrete politische Schritte zu übersetzen und sich auf europäischer Ebene für eine überfällige Klarstellung im Patentrecht starkzumachen: Die EU-Patentrichtlinie 98/44/EG muss so überarbeitet werden, dass traditionell gezüchtete Pflanzen eindeutig vom Patentschutz ausgeschlossen bleiben. Die Initiative "Keine Patente auf Saatgut!" hat in ihrem aktuellen Bericht¹ einen konkreten Vorschlag erarbeitet, der nur geringfügige Änderungen der aktuellen Rechtsvorschriften erfordern würde. Der Vorschlag steht im Einklang mit den bestehenden Patentgesetzen und würde lediglich deren Auslegung beeinflussen. Eine solche Klarstellung ist nicht nur rechtlich möglich, sondern politisch dringend geboten.

Mit dieser Forderung steht unser Bündnis nicht allein da. Innerhalb weniger Tage haben sich über 29.000 Menschen unserer Initiative angeschlossen<sup>2</sup> und Sie aufgefordert, Patente auf traditionell gezüchtete Pflanzen und Tiere wirksam zu unterbinden, damit unsere natürlichen Lebensgrundlagen nicht in die Hände einiger weniger Konzerne fallen.

Gerne stehen wir Ihnen für einen weiterführenden Austausch zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.
Bundesverband Deutscher Milchviehhalter BDM e.V.
Bioland e.V.
Gen-ethisches Netzwerk e.V.
Interessengemeinschaft für gentechnikfreie Saatgutarbeit IG Nachbau
Keine Patente auf Saatgut! e.V.
Kein Patent auf Leben!
Umweltinstitut München e.V.

<sup>1</sup> https://www.no-patents-on-seeds.org/de/bericht-2025

 $<sup>2\ \ \</sup>text{https://umweltinstitut.org/landwirtschaft/mitmachaktionen/haende-weg-patente-auf-melone-co-stoppen/}$